

**Drucksachen der  
Bezirksverordnetenversammlung  
Lichtenberg von Berlin  
VI. Wahlperiode**



<b>Antrag zur Beschlussfassung</b>	Drucksachen-Nr: <b>DS/0623/VI</b>
<b>Ursprungsdrucksachenart:</b> Antrag zur Beschlussfassung	Datum: 13.12.2007
<b>Ursprungsinitiator:</b> BVO WAS-B	
<b>Einkommensentwicklung bei der Mietpreispolitik landeseigener Wohnungsbaugesellschaften berücksichtigen</b>	
Beratungsfolge:	
<u>Datum</u>	<u>Gremium / Ergebnis</u>
13.12.2007	BVV

Die Bezirksverordnetenversammlung wolle beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht sich gegenüber den zuständigen Stellen im Senat dafür einzusetzen, dass landeseigene Wohnungsbaugesellschaften sich verpflichten bei Mieterhöhungsbegehren neben dem Mietspiegel auch die Entwicklung der durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommen der einzelnen Berliner Bezirke, so wie sie im Mikrozensus des Statistischen Landesamts angegeben werden, zu berücksichtigen.

Jegliche Mietpreisänderungen für landeseigene Mietwohnungen sollten dann in jedem Bezirk nicht über dem Anstieg der im Mikrozensus ausgewiesenen Werte der jeweiligen mittleren Haushaltsnettoeinkommen für den Zeitraum seit der letzten Mietpreisanpassung liegen.

Begründung:

Am Beispiel vieler Bezirke, wie etwa Lichtenberg, ist eine stark aufklaffende Lücke zwischen Mietpreis- und Einkommensentwicklung festzustellen. Während etwa in Lichtenberg seit dem Jahr 2000 das durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen konstant bei etwa 1500 Euro liegt (Steigerung 0 %), ergibt sich im selben Zeitraum eine durchschnittliche Steigerung der Kaltmieten von über 20 %.

Die Berliner Privathaushalte, die zu 85 % eine Mietwohnung unterhalten, müssen einen immer größeren Anteil ihres Budgets für die Mietzahlung aufwenden. Dadurch leidet in hohem Maße der Konsum und die Kaufkraft am Wirtschaftsstandort Berlin. Zudem ist diese Entwicklung ein wichtiger Grund dafür, dass Berlin das Bundesland mit der höchsten Pro-Kopf-Verschuldung privater Haushalte ist.

Die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften wie etwa die HOWOGE oder DEGEWO haben mit ihrer Mietpreispolitik der letzten Jahre das Auseinanderdriften von Einkommen und Mietausgaben nicht gebremst sondern forciert und als wichtige Vertreter der Vermieterseite bei der Ausarbeitung des Berliner Mietspiegels diese Entwicklung zudem gerechtfertigt.

Initiator: **BVO WAS-B**